

Einladung zur Mitgliederversammlung 2015

des Forums InformatikerInnen für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung (FifF e.V.)

Wir laden fristgerecht und satzungsgemäß zur ordentlichen Mitgliederversammlung 2015 ein.

Sie findet am Sonntag, den 8. November 2015, von 11:00 Uhr bis voraussichtlich ca. 14:00 Uhr an der Universität Erlangen-Nürnberg, Henkestraße 91, 91052 Erlangen, statt.

Vorläufige Tagesordnung

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festlegung der Protokollführung
2. Beschlussfassung über die Tagesordnung, Geschäftsordnung und Wahlordnung
3. Bericht des Vorstands einschließlich Kassenbericht
4. Bericht der Kassenprüfer
5. Diskussion der Berichte
6. Entlastung des Vorstandes
7. Neuwahl des Vorstandes
8. Neuwahl der Kassenprüfer
9. Diskussion über Ziele und Arbeit des FifF, aktuelle Themen, Verabschiedung von Stellungnahmen, Berichte aus den Regionalgruppen
10. Anträge an die Mitgliederversammlung
 - Themenbezogene FifF-SprecherInnen

Weitere Anträge müssen schriftlich bis drei Wochen vor der Mitgliederversammlung bei der FifF-Geschäftsstelle eingegangen sein
11. Verschiedenes

*erschieden in der FifF-Kommunikation,
herausgegeben von FifF e. V. - ISSN 0938-3476
www.fiff.de*

gez. Stefan Hügel
für den Vorstand und die Geschäftsstelle des FifF

Sara Stadler

Log 3/2015

Ereignisse, Störungen und Probleme der digitalen Gesellschaft

Immer wieder gibt es Ereignisse, Verlautbarungen und Entscheidungen, die im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Abbau der Bürgerrechte stehen. Wir dokumentieren hier einige davon. Die Aufzählung ist sicherlich nicht vollständig; mit einigen besonders bedeutsamen Ereignissen wollen wir aber auf die weiterhin besorgniserregende Entwicklung hinweisen.

Mai 2015

12. Mai 2015: Im Kontext der BND-Affäre veröffentlicht *ZEIT ONLINE* neue Informationen zur Weitergabe von Metadaten über Kommunikationsvorgänge an die NSA. Hatte Edward Snowden zunächst von 500 Millionen Daten im Monat gesprochen, die der BND der NSA liefere, gibt die Zeitung jetzt an, diese Angaben auf 1,3 Milliarden nach oben korrigieren zu können. Dabei handele es sich nicht um durch die Selektoren vorsortierte Daten, die im Kern der aktuellen Affäre stehen, sondern um Daten aus einem parallel laufenden Prozess. Weiter gehe aus einer der Zeitung vorliegenden, vertraulichen Akte hervor, dass auf Basis der Daten sowie von aufgezeichneten Kommunikationseinhalten sogenannte *Meldungen* an US-amerikanische, britische und multinationale Verbündete übermittelt würden. Auf Rohdaten „ausgewählter Auslands-Auslands-Übertragungswege in Krisengebieten“ gebe es zudem einen Vollzugriff für die *Special U.S. Liaison Activity Germany* (SUSLAG), nachdem diese um Daten mit Deutschlandbezug bereinigt worden seien. (Quelle: *DIE ZEIT*)

15. Mai 2015: Nach Informationen, die dem *SPIEGEL* vorliegen, hat der BND entgegen anderer Behauptungen sehr wohl für die NSA Behörden, Unternehmen und andere Ziele in Europa ausgespäht und dabei in größerem Ausmaß als bisher angenommen gegen „deutsche und österreichische Interessen“ gehandelt. So seien dem Nachrichtenmagazin zufolge rund 25.000 der 40.000 Suchbegriffe, die der BND angeblich ausgeschaltet habe, durchaus aktiv gewesen, bis ihre Problematik im Rahmen einer internen Untersuchung erkannt worden sei. (Quelle: *DER SPIEGEL, Heise*)

15. Mai 2015: Der *SPIEGEL* berichtet erstmals von einem Angriff von Hacker:innen auf die IT-Systeme des Deutschen Bundestages. Später wird bekannt, dass dabei große Mengen von Daten abgegriffen wurden. Um wen es sich bei den Angreifer:innen handelt, bleibt unklar. (Quelle: *DER SPIEGEL, Heise*)

18. Mai 2015: Des Einkaufs von Kampf- und Aufklärungsdrohnen aus den USA und Israel überdrüssig geworden, haben Deutschland, Frankreich und Italien den Entschluss gefasst,

fortan an der Entwicklung einer eigenen Drohne zu arbeiten. Ziel des voraussichtlich milliardenschweren Projekts soll es Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen zufolge sein, zukünftig „selber entscheiden“ zu können, wo die waffenfähigen Drohnen eingesetzt werden. (Quelle: *Heise*)

22. Mai 2015: Der *SPIEGEL* berichtet vom Fund einer neuen Liste mit 459.000 NSA-Selektoren auf Rechnern des BND, von denen lediglich 400 aussortiert worden seien. Die Selektoren stammen aus den Jahren 2005 bis 2008 und deuten auf ein großes Interesse an europäischen Wirtschaftsunternehmen hin. Besonders interessant sei auch, dass die Daten aus der BND-Zentrale in Pullach und nicht wie die bisherigen aus dem BND-Horchposten in Bad Aibling stammten. (Quelle: *DER SPIEGEL*)

27. Mai 2015: Trotz heftiger Kritik hat das Bundeskabinett den Neuentwurf zur Vorratsdatenspeicherung beschlossen. Bis zu 10 Wochen sollen Telekommunikationsanbieter Informationen zu IP-Adressen von Computern und Verbindungsdaten von Telefongesprächen aufbewahren, Standortdaten bei Handy-Gesprächen sollen bis zu vier Wochen gespeichert werden. Von der Speicherung ausgenommen sind Daten zum E-Mail-Verkehr und Kommunikationsinhalte. (Quelle: *Heise*)

27. Mai 2015: Das Bundeskabinett beschließt den *Gesetzentwurf für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen* (E-Health-Gesetz), welches die Schaffung einer umfangreichen digitalen Infrastruktur im Gesundheitswesen vorsieht. Datenschützer:innen kritisieren, dass in dem Entwurf Forderungen der Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder nach einer Zugriffsmöglichkeit der Patient:innen auf ihre gespeicherten Daten nicht umgesetzt würden und diese so von ihrem Recht auf Auskunft und Löschung keinen Gebrauch machen könnten. Außerdem bestehe deutlicher Nachholbedarf bezüglich der Sicherheit der sehr sensiblen Personendaten. (Quelle: *Datenschutzbeauftragter INFO*)

Juni 2015

2. Juni 2015: Einer zwischen Anfang 2012 und Ende 2014 durchgeführten Studie der Bürgerrechtsorganisation *Big Brother Watch* zufolge ersuchen britische Ermittler 670 mal am Tag – oder alle zwei Minuten – um bei Providern gespeicherte Vorratsdaten. Nur 4 % der Anfragen würden abgelehnt. (Quelle: *Heise*)

3. Juni 2015: Nachdem die regierungskritische türkische Zeitung *Cumhuriyet* Aufnahmen veröffentlicht hat, die eine Waffenlieferung für jihadistische Gruppen in Syrien aus der Türkei Anfang 2014 belegen sollen, droht ihrem Chefredakteur wegen einer Anzeige des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan unter anderem wegen politischer und militärischer Spionage lebenslange Haft. Kritiker:innen im In- und Ausland sehen in der Anzeige einen neuerlichen Angriff auf die Pressefreiheit in der Türkei. (Quelle: *Heise*)

4. Juni 2015: 17 von *Wikileaks* veröffentlichte Geheimpapiere zum geplanten Dienstleistungsabkommen TISA (*Trade in Services Agreement*), über das EU, USA und 23 weitere Länder verhandeln, weisen auf zukünftig weitere Einschränkungen bezüg-

lich des Datenschutzes und der Internetfreiheit in Europa hin. (Quelle: *Heise*)

4. Juni 2015: Während einer Debatte im Innenausschuss des EU-Parlaments fordert die konservative Europäische Volkspartei (EVP) eine deutliche Ausweitung des EU-Fluggastdatensystems. Wenn es nach Agustín Díaz de Mera García Consuegra und seiner Partei geht, sollen *Passenger Name Records* (PNR) künftig 7 statt 5 Jahre gespeichert werden. Weiter sollten auch innereuropäische Flüge einbezogen und die Möglichkeiten für Sicherheitsbehörden erweitert werden, auf die Datenpools zuzugreifen. Vertreter:innen anderer Parteien weisen die Vorschläge entschieden zurück. Das bereits bestehende, von Bürgerrechtsorganisationen scharf kritisierte Abkommen zur Vorratsdatenspeicherung von Fluggastdaten (vgl. dazu auch die Pressemitteilung des FfF in diesem Heft) liegt aktuell noch dem Europäischen Gerichtshof zur Prüfung vor. (Quelle: *Heise*)

6. Juni 2015: In Großbritannien sind etwa 700.000 Patient:innen des *National Health Service* von einer unautorisierten Weitergabe ihrer vertraulichen Gesundheitsdaten betroffen. Alle hatten eine Weitergabe der bei ihren Hausärzt:innen gespeicherten Daten ausdrücklich untersagt. Der Vorfall macht auch deutlich, welche Konsequenzen unzureichende Regelungen von Datenschutz und Datensicherheit im Rahmen des kürzlich in der Bundesrepublik verabschiedeten E-Health-Gesetzes haben können. (Quelle: *Heise*)

7. Juni 2015: Das höchste Gericht Saudi-Arabiens bestätigt das heftig kritisierte Urteil gegen den Blogger Raif Badawi. Der wegen Beleidigung des Islams angeklagte Badawi kann nun keine Rechtsmittel gegen die Strafe von 1000 Peitschenhieben und 10 Jahren Gefängnis mehr einlegen. *Amnesty International* spricht von einem „schwarzen Tag für die Meinungsfreiheit“. (Quelle: *Heise*)

8. Juni 2015: Nachdem Hessen *Body-Cams* bei Polizei-Einsätzen bereits seit 2013 testet, erwägen trotz erheblicher Bedenken von Datenschützer:innen nun weitere Bundesländer ihre Einführung. Rheinland-Pfalz startet im Juli zwei Pilotprojekte in Mainz und Koblenz und die Hamburger Polizei beginnt noch im Juni mit dem probeweisen Einsatz auf St. Pauli. Auch in Baden-Württemberg wird ein Pilotprojekt geplant. Forderungen der Gewerkschaft der Polizei, *Body-Cams* auch in Wohnungen einsetzen zu dürfen, wird derzeit noch nicht entsprochen; Lewentz, gegenwärtig Chef der Innenministerkonferenz, lehnt diese jedoch nicht kategorisch ab: „Möglicherweise werden wir da noch eine Fortentwicklung anstreben müssen“. (Quelle: *Heise*)

10. Juni 2015: Das Oberhaus des kanadischen Bundsparlaments nimmt das sogenannte *Anti-Terror-Gesetz* an, welches die Befugnisse von Polizei und Geheimdiensten deutlich erweitert. Das Unterhaus hatte dem Gesetz bereits am 7. Mai zugestimmt. Sobald die zu erwartende Zustimmung des Generalgouverneurs erfolgt, entfallen in Kanada Schranken beim Informationsaustausch zwischen Behörden und es werden *No-Fly-Listen* erstellt, die mit ausländischen Regierungen geteilt werden können. Besonders hervorzuheben ist auch Abschnitt 3 des Gesetzes, demzufolge jegliche (auch fahrlässige und rein private) Äußerungen, die als Unterstützung von „Terrorismus im Allgemeinen“ interpretiert werden können, mit bis zu 5 Jah-

ren Gefängnis bestraft werden sollen. Der bisher nur mit der Überwachung beauftragte Geheimdienst CSIS soll fortan die Sicherheit des Landes (auch die wirtschaftliche) weltweit aktiv verteidigen. (Quelle: *Heise*)

12. Juni 2015: Die Kompetenzen des Schweizer Nachrichtendienstes (NDB) und der Strafverfolgungsbehörden könnten künftig erheblich ausgeweitet werden. Das neue Nachrichtendienstgesetz würde es dem NDB erlauben Telefone anzuzapfen, in Computer und Netzwerke einzudringen und Privaträume zu verwanzeln. Nachdem der Nationalrat bereits im März zugestimmt hat, wird das Gesetz nun vom Ständerat diskutiert. Dieser macht seine Zustimmung noch von Detailentscheidungen abhängig. Eine Woche später stimmt der Schweizer Nationalrat einer Verschärfung des *Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs* (BÜPF) zu. Diese umfasst unter anderem den Einsatz von Staatstrojanern, um verschlüsselte Kommunikation noch vor der Verschlüsselung auf den Geräten abfangen zu können, sowie eine Verlängerung der Vorratsdatenspeicherung von 6 auf 12 Monate. Gegen beide Vorlagen wurde bereits von verschiedenen Gruppen ein Referendum angekündigt. (Quelle: *Heise*)

15. Juni 2015: Innen- und Justizminister der EU-Mitgliedsländer haben sich auf eine Position zur geplanten Datenschutzverordnung geeinigt, die deutlich hinter der bisherigen Datenschutzrichtlinie, wie auch hinter Vorschlägen der EU-Kommission und des Parlaments zurückbleibt. So werden etwa die Möglichkeiten der Unternehmen und Behörden zur Verarbeitung personenbezogener Daten ausgebaut und das Prinzip der Datensparsamkeit aus dem Artikel für grundlegende Prinzipien gestrichen. Die Bürgerrechtsorganisation *European Digital Rights* (EDRI) bezeichnet die Vereinbarung als einen Vorstoß „Europas weltweit führenden Datenschutzzansatz zu zerstören.“ Siehe FlFF Stellungnahme in diesem Heft. (Quelle: *Heise*)

20. Juni 2015: Die SPD stimmt dem vom Bundeskabinett auf den Weg gebrachten neuen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung mit knapper Mehrheit zu. Justizminister Heiko Maas geht von einer Verabschiedung des Gesetzes nach der Sommerpause aus. (Quelle: *Heise*)

22. Juni 2015: Das für die Geheimdienstaufsicht zuständige britische Gericht IPT (*Investigatory Powers Tribunal*) macht die rechtswidrige Überwachung von Nichtregierungsorganisationen durch den britischen Geheimdienst GCHQ öffentlich. Die Rechte der beiden NGOs – des südafrikanischen *Legal Resources Centre* (LRC) und, wie sich später herausstellt, *Amnesty International* – seien dadurch verletzt worden, dass die abgefangenen Kommunikationsdaten länger als erlaubt gespeichert und zudem auf ungesetzmäßige Art und Weise ausgewertet worden seien. (Quelle: *Privacy International*)

24. Juni 2015: Neuen, von *Wikileaks* veröffentlichten Dokumenten zufolge hat die NSA mindestens die drei letzten französischen Präsidenten, Jaques Chirac, Nicolas Sarkozy und François Hollande überwacht. (Quelle: *Heise*)

24. Juni 2015: Das französische Parlament beschließt ein umstrittenes Gesetz, welches die Befugnisse der eigenen Geheimdienste ausweitet. Für die in dem Gesetz geregelten Überwa-

chungsaktivitäten wie Lauschangriffe, Videoüberwachung, den Einsatz von Spionagesoftware und die Erfassung von Verbindungsdaten gelten zukünftig geringere Hürden. Internetkommunikation einschließlich deren Metadaten kann fortan nicht mehr nur zwecks „Terrorbekämpfung“ oder „Verteidigung der Nation“, sondern auch zum Schutz gegen „umfassende ausländische politische Interessen“ oder drohende „Angriffe auf die institutionelle Form der Republik“ aufgezeichnet und durchsucht werden. Die Vorratsdatenspeicherung in Frankreich wird zudem auf 5 Jahre ausgeweitet und der inländische Geheimdienst zum Abhören von Internet-Telefonaten oder unbemerktem Durchführen von Online-Durchsuchungen mit einem Trojaner ausgestattet. (Quelle: *Heise*)

30. Juni 2015: Dass auch die französische Wirtschaft über Jahre hinweg von der NSA ausspioniert wurde, legen neue, auf *Wikileaks* veröffentlichte Dokumente nahe. (Quelle: *Heise*)

Juli 2015

1. Juli 2015: Auf *Wikileaks* werden geheime NSA-Dokumente aus unbekannter Quelle veröffentlicht, die Aufschluss über das Ausmaß der Spionage durch die NSA in der Bundesrepublik geben sollen. Laut der *Süddeutschen Zeitung*, der die Dokumente ebenso wie dem NDR und dem WDR im Vorfeld zugänglich gemacht wurden, zeugen die Dokumente von einer weit über die Bundeskanzlerin hinausgehenden Ausspähung der Bundesregierungen mindestens seit den 1990er-Jahren, wobei das Interesse vor allem der Währungs- und Handelspolitik gegolten habe. (Quelle: *Süddeutsche Zeitung*)

3. Juli 2015: Wie *CNN* und *DER SPIEGEL* berichten, hat die NSA in der Bundesrepublik auch Journalist:innen ausspioniert. Dem Nachrichtenmagazin zufolge sei der Geheimdienstkoordinator im Bundeskanzleramt, Günter Heiß, im Frühsommer 2011 von der CIA-Spitze vor angeblichen Kontakten des *SPIEGEL* in deutsche Regierungsstellen gewarnt worden, worüber auch das Kanzleramt informiert worden sei. Letzterem sei die Überwachung von Journalist:innen und Regierungsstellen durch die NSA also bereits 2 Jahre vor Snowden bekannt gewesen. Der *SPIEGEL* gibt an, bei der Bundesanwaltschaft Anzeige „wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit und der Verletzung des Fernmeldegeheimnisses“ erstattet zu haben. (Quelle: *DER SPIEGEL, Heise*).

3. Juli 2015: Einem Bericht von *L'Observateur* zufolge zapft der französische Auslandsgeheimdienst DGSE seit 2008, autorisiert durch den damaligen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy, die internationale Telekommunikation über mindestens 5 große Unterseekabel an. Die Operation, von der unter anderem Leitungen in Richtung USA, Indien, Südostasien und Westafrika betroffen seien, sei mit Unterstützung des Betreibers *Orange* und des Netzwerkausrüsters *Alcatel-Lucent* und teilweise in Kooperation mit dem britischen Geheimdienst GCHQ erfolgt. François Hollande habe die Operation sogar noch erweitert und mit dem jüngst beschlossenen Gesetz zur Geheimdienstreform zu legalisieren gesucht. (Quelle: *L'Observateur, Heise*)

3. Juli 2015: Der Bundestag verabschiedet den von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten Gesetzesentwurf zur

Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes. Künftig wird das Nachrichtendienstliche Informationssystem (Nadis) der Staatsschutzbehörden von Bund und Ländern, das bislang eine Indexfunktion hatte, zum beliebigen Speichern, Austauschen und Auswerten von Volltextdateien genutzt. Zudem wird der Bundesnachrichtendienst auch für Cyberangriffe zuständig und die strategische Fernmeldeüberwachung auf diesen Bereich ausgedehnt. Die Opposition stimmte geschlossen gegen den Entwurf, kritisiert wurde unter anderem, dass nicht nur in Rahmen der Späh-Affäre zum Vorschein gekommene Defizite der deutschen Geheimdienste nicht behoben würden. (Quelle: Heise)

3. Juli 2015: Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen Verteidigungsexpertin Agnieszka Brugger hervorgeht, will das Kabinett die Aufklärungsdrohne *Euro Hawk* für 32,7 Millionen Euro wieder flugfähig machen. Die Kosten für die anstehenden Flüge, in deren Rahmen das Aufklärungssystem ISIS mindestens ein Jahr lang getestet und weiterentwickelt werden soll, werden auf 160 Millionen Euro geschätzt. (Quelle: Heise)

6. Juli 2015: Hacker:innen hacken den italienischen Überwachungssoftware-Hersteller *Hacking Team* und legen damit interessante Details über dessen Geschäftspolitik offen. E-Mails und Rechnungen belegen den Verkauf ihrer Software an autoritäre Regimes. Aus Äthiopien erhielt *Hacking Team* gar ein Dankschreiben für die softwaretechnische Hilfe, oppositionelle Ziele schnell identifizieren zu können. Auch mehrere deutsche Unternehmen gehören zu den Kund:innen von *Hacking Team*. (Quelle: Heise)

8. Juli 2015: Aus neuen, von *Wikileaks* veröffentlichten Dokumenten geht hervor, dass nicht nur die Regierung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, sondern auch die ihrer Vorgänger Gerhard Schröder und Helmut Kohl von der NSA überwacht wurden. Insgesamt umfasst die veröffentlichte Liste 56 Telefonnummern. (Quelle: *Süddeutsche Zeitung*)

10. Juli 2015: *Wikileaks* veröffentlicht rund eine Million E-Mails des jüngst gehackten italienischen Überwachungssoftware-Hersteller *Hacking Team*. Diesen zufolge hatte auch das BKA 2012 Mitarbeiter:innen nach Mailand entsandt, um sich über das *Remote Control System* (RCS) zu informieren. Anscheinend hat sich das BKA dann aber doch für den Bau eines eigenen Staatstrojaners entschieden. Der Leiter des Geheimdienstes von Zypern tritt wenige Tage später wegen des Einkaufs von Sicherheitslücken bei *Hacking Team* zurück und auch der Chef der Kantonspolizei Zürich gerät wegen des Einkaufs von *Hacking-Team*-Software in die Kritik. (Quelle: Heise)

20. Juli 2015: Erneut veröffentlicht *Wikileaks* eine Liste mit NSA-Suchbegriffen. Diesmal handelt es sich um 20 Telefonnummern, die dem Auswärtigen Amt und Bundesaußenminister Walter Steinmeier zuzuordnen seien. Für letzteren ist das Abhörprotokoll eines Gesprächs oder eines Telefonats vom 29. November 2005 besonders unangenehm. Von einer USA-Reise zurückgekehrt, in deren Vorfeld die Medien über CIA-Entführungsflüge und -Gefängnisse in Europa berichtet hatten, sei Steinmeier laut dem Protokoll „erleichtert“ gewesen, von Seiten der USA keine klaren Antworten zu diesem Thema erhalten zu haben. Wie ausführlich dokumentiert ist, hatten Entführungsflüge in mindestens einem Fall über den US-Luftwaffenstützpunkt im rheinland-pfälzischen Ramstein geführt, Ermittlungen der für Ramstein zuständigen Staatsanwaltschaft gegen Unbekannt wegen Freiheitsberaubung und Nötigung mussten jedoch eingestellt werden. (Quelle: *Süddeutsche Zeitung*)

24. Juli 2015: Das IT-Sicherheitsgesetz tritt in Kraft. Neben erhöhten Sicherheitsanforderungen an Betreiber:innen von Webservern, der Pflicht zur Meldung von schweren IT-Sicherheitsvorfällen für Betreiber:innen von Kernkraftwerken und Telekommunikation und dem Ausbau des BSI zur internationalen Zentralstelle für IT-Sicherheit umfasst das Gesetz auch die von Bürgerrechtler:innen kritisierte „freiwillige Vorratsdatenspeicherung“. So dürfen Provider künftig Verbindungsdaten bis zu 6 Monaten speichern, wenn Probleme mit Cyberattacken oder Spam auch nur entfernt zu vermuten sind. (Quelle: Heise)

30. Juli 2015: Es wird öffentlich bekannt, dass die Staatsanwaltschaft gegen zwei Blogger von *netzpolitik.org*, Markus Beckedahl und André Meister aufgrund deren Berichterstattung wegen des Vorwurfs des Landesverrats ermittelt. Konkret geht es unter anderem um die Veröffentlichung und Kommentierung eines als geheim eingestuftes Budgetplans für das Bundesamt für Verfassungsschutz im Februar diesen Jahres, aus dem unter anderem hervorgeht, dass die Staatsschützer zu diesem Zeitpunkt an der Massenauswertung von Internetdaten (unter anderem aus sozialen Netzwerken) arbeiteten und dafür ein Budget von 2,75 Millionen Euro zur Verfügung hatten. Zu den zahlreichen Kritiker:innen der Ermittlungen gehört auch das FfF (siehe den Kommentar und die Pressemitteilung in diesem Heft). Anderthalb Wochen später werden die Ermittlungen eingestellt; der Generalbundesanwalt wird im Rahmen der Affäre abgelöst. (Quelle: Heise)

31. Juli 2015: Aus neuen, von *Wikileaks* veröffentlichten Dokumenten geht hervor, dass auch die politische Führung und Wirtschaft in Japan zu den Zielen der NSA-Spionage gehören. (Quelle: Heise)

Sara Stadler

Sara Stadler studiert Informatik an der Hochschule Bremen und arbeitet in der FfF-Geschäftsstelle.